

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Bankkonto: Cdr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Knechtsteden und Dresden-Zitzschewitz

Abonnementpreis einschließlich Frangiergeld mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: Die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen: Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 30

Dresden, Dienstag den 5. Februar 1924

35. Jahrg.

Der politische Revolver

Der selbige Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist nicht umsonst dasjenige, sein Geist lebt in einem großen Teile der bürgerlichen Presse weiter; seine Rezepte werden dort heute noch getreulich befolgt. Wie bekämpft man eine Partei, deren sozialer Ideenvort der durchschnittliche kapitalistische Zeitungsmann nicht gemachener ist? Man nimmt eine Privatangelegenheit eines in Vordergrund stehenden Mannes dieser Partei, irgendeine Privatangelegenheit, die vom Standpunkt einer heuchlerischen bürgerlichen Moral anschaubar ist, und verrührt sie mit dem Amte oder der politischen Tätigkeit des Betroffenen. Oder man nimmt eine Verfehlung eines Führers der verhassten Sozialdemokratie und hockt die Verfehlung ins Elefantenhafte auf.

Ein Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich seit einiger Zeit, seinen Lesern möglichst täglich die persönliche Affäre eines Sozialdemokraten vorzuführen. Wie dabei gearbeitet wird, zeigen in einer klassischen Weise die Angriffe der Leipziger Neuesten Nachrichten gegen den sozialistischen Ministerialdirektor Fr. e. u. d. Man behauptet, daß er dem Staate die Umzugskosten seiner Frau aufgebürdet, daß er den Doktorittel fälschlicherweise geführt, daß er vor seiner Scheidung von seiner ersten Frau mit der zweiten ein „standalöses Leben“ geführt habe — und schließlich bleibt nur zu verwundern, daß er nicht auch noch silberne Rössel gestohlen hat. Wir brauchen eine Verächtlichkeit des Genossen Freund, in der er mittelst, daß er gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt hat, weil die Behauptungen seiner Verleumder unwahr sind. Wer druckt die Verächtlichkeit nach? Die sozialdemokratischen Blätter. Die bürgerlichen Verleumder schweigen möglichst so lange, bis sie vom Verleumder zur Verächtlichkeit gezwungen werden. Mit diesem selben Gange zur Wahrhaftigkeit hat die edle Volkspartei ihre Agitation bei den Gemeinderatswahlen betrieben. Karikaturen auf Zeigner wurden gebracht, die ihn als den bestechlichsten Lumpen Sodasens darstellen, während der Prozeß erst im Februar stattfindet und von den gegen Zeigner erhobenen Bestechungsanklagen bis heute noch nichts erwiesen ist. Der Abgeordnete Witz wurde der Welt auf Wohlflugblättern im Tete-à-tete mit einer andern Frau gezeigt, während seine Familie weinend im Hintergrund steht. Es ist ein trauriges Zeichen für die geistige Armut eines Lagers und einer Presse, wenn sie mit Rawfsmitteln arbeiten, deren sich jene Renardpresse bedient, die ein Mensch von auch nur durchschnittlichem Geschmaack nicht gern in die Hand nimmt.

Wir sind die Leuten, die bestreiten möchten, daß auch Sozialdemokraten Menschen sind, mit menschlichen Schwächen und menschlichen Leidenschaften bedotet und daß sie mit dem, was der biedere Bürger seine Moral und seine Sitten nennt, ebenso leicht korumpolieren können wie andere. Wir bilden uns auch nicht ein, im politischen Kampfe die Parteien zu sein und haben das, was in der kapitalistischen Welt faul und morsch ist, immer mit aller Schärfe gebrandmarkt. Aber es hat bei uns immer als schuldig gegolten, Privat- oder Familienangelegenheiten eines politischen Gegners in den Mittelpunkt des Kampfes zu rücken. Wenn wir das wollten, so brauchen wir nicht sehr in die Ferne zu schweifen. So mancher unter denen, die gegenwärtig im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in der Vermengung von Privatangelegenheiten mit der politischen Stellung des Gegners ihren Verfaß sehen, weiß recht gut, wiewiel von solchen Stoff wir haben könnten, wenn wir diese Sorte Publizistik nicht Revolver- und Winkelblättern überließen, oder — wie Figura zeigt — jenem Teil der bürgerlichen Presse, der gegenwärtig aus Hof gegen die Sozialdemokratie kann weiß, wie tief sie gesunken ist.

Denn alle diese üblen Blüten edler Journalistik entstammen teils dem Hof, teils bezogter Kullarbeit gegen eine Partei und eine Bewegung, die der kapitalistischen Welt nie so an die Nieren gegangen ist, wie in den letzten fünf Jahren. Es ist der armselige Witz kapitalistischer Kloppfechter, der bald den Fall Zeigner, bald die Unterfuchung gegen den thüringischen Minister Gernemann verzerrt, der gestern mit einer Ehecheidungsangelegenheit eines Genossen Freund aufwartet und heute eine Affäre Witz mit allen Mitteln öffentlicher Demagogie zu schaffen sucht. Das alles läßt man dann danonfegeln unter der Flagge: Sozialdemokratische Personalpolitik. Den bei der Polizei entdohenen sozialdemokratischen Beamten hat man allerhand Verächtlichkeiten nachgeschleudert. Monatelang hat man geforscht, unterfucht, gebauscht. Und das Resultat? Nichts oder so gut wie nichts — und Schweigen auf der ganzen Linie.

Wir bestreiten nicht, daß sozialdemokratische Minister bei der Ernennung von Beamten Mißgriffe begehen können, wie sie auch Ministern bürgerlicher Parteien in hinreichender Zahl nachgewiesen werden können. Wir bestreiten nicht, daß sich ein sozialdemokratischer Minister in den Qualitäten eines Beamten irren kann. Doch kommt es darauf an? Nein, sondern darauf, daß es die Pflicht sozialdemokratischer Minister war, ist und bleibt, die Verwaltungsmaschinerie demokratisch, republikanisch, sozialistisch umzustellen und daß es dazu notwendig ist, auch Sozialdemokraten in führende politische Verwaltungämter zu bringen. Was macht die bürgerliche Presse daraus? Eine Futterkrippenangelegenheit! Ist sie es von altersher so gewöhnt?

Wie sehr nämlich das Gebiet der Staatsämter in vergangenen Zeiten als Futterkrippe angesehen wurde, das hat der ehemalige sächsische Innenminister Lipinski bewiesen, als er das Archiv der Personalakten vergangener bürgerlicher sächsischer Regierungen öffnete. Er hat damals in einer sehr nachdrücklichen, mit Dokumenten belegten Weise dargelegt, wie sehr die akademischen Verbindungen, wie sehr die repräsentative Erscheinung oder andre liebenswürdige Eigenschaften der Frau eines Verwebers bei der Vergebung von Staatsämtern mitbestimmend oder gar entscheidend waren! Er hat bewiesen, daß es eine Politik der adeligen Bluts- und akademischen Bierfamilien gab, die man durchaus als ein stabiles althergebrachtes System der Korruption bezeichnen konnte. Damals blieb der bürgerlichen Presse für einige Zeit die Sprache weg. Da sie sich gegenwärtig wieder erholt zu haben scheint, holt sie viellecht eines Tages nach, was sie damals nach Lipinskis Enthüllungen verpasste und sagt ihren Lesern bei der Kritik sozialdemokratischer Personalpolitik auch, auf welche vorbildlichen Grundlagen sich die Personalpolitik der alten Regierungen des früheren Deutschlands aufbaute. Sie darf überzeugt sein, daß sie damit vielen ihrer Leser eine Sensation bietet, denn dieser Stoff ist da drüben noch neu — Lipinskis peinliche Dokumente wurden tot geschwlegen!

Gegen die Regierungskommissare

Der Landtagsabgeordnete Schneider (D. Sp.) hat folgenden Antrag im Landtage eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung um Mitteilung zu ersuchen, in welcher Weise entsprechend dem Beamtenabbaue über die seit der Einführung des Lagerungsstandes bei der Verwaltungsbürokratie verwendeten und nunmehr überflüssigen politischen Regierungskommissare verfügt worden ist.

Es ist merkwürdig, daß gerade ein Vertreter der Industrie auf die Pfeilung der Regierungskommissare drängt, obwohl die Regierung nicht nur von Behörden, sondern auch von Industriellen zahlreiche Schreiben zugegangen sind, die sich über die vermittelnde Tätigkeit der Regierungskommissare anerkennend ausdrücken.

Der Weg zur Goldwährung

Von Emil Rauch

Die Rentenmark hat sich als Mittel zur vorläufigen Stabilisierung der Währung durchaus bewährt. Sie kann aber nicht als Lösung auf lange Zeit betrachtet werden. Der gegenwärtige Reichsbankdirektor Dr. Schacht ist auch mit erfreulichem Eifer am Werke, das Problem der Rentenmark durch das Definitivum der Goldnote abzulösen. Allerdings sind noch viele Schwierigkeiten hinwegzuräumen. Zur Durchführung der Goldwährung gehört Gold, mehr Gold als in den Kellern der Reichsbank und der übrigen vier deutschen Notenbanken in Sachsen, Württemberg, Bayern und Baden vorhanden ist. Es muß also auf dem Anleihewege aus dem Auslande beschafft werden. Und hierbei entstehen viele Hindernisse.

Vielteils das verarmte Deutschland ausländisches Leihkapital noch genügende Pfandsicherheiten für eine große Goldanleihe? Ist es, diese Sicherheiten als gegeben erachtet, in der Lage, aus seinen Wirtschaftsergebnissen die jährlichen Zinsen prompt zu zahlen? Wenn ja, wird es kreditwürdig bleiben oder durch Ueberlastung mit Reparationsleistungen dem Bankrott entgegengehen? Wird seine Handelsbilanz es gestatten, die Zahlungsverpflichtungen an das Ausland durch Warenexport zu begleichen? Wird es, wenigstens für geraume Zeit, von politischen Erschütterungen verschont bleiben? Das alles sind Fragen, von deren Beantwortung das ausländische Kapital die Beschaffung eines Währungskredits für Deutschland abhängig machen wird.

Für den inneren Zahlungsvorbehalt vermag die Rentenmark bei geschickter Währungspolitik sowohl der Reichsbank wie der Rentenbank die Stabilität noch auf absehbare Zeit zu erhalten. Es kommt dabei ja im wesentlichen darauf an, daß nicht mehr Papiergeld in Umlauf gesetzt wird als der Verkehr bei normaler Preislage restlos aufnehmen vermag. Ein Zubiel an Papiergeld drückt auf dessen Kaufkraft, und zwar noch weit schwerer als ein über die Nachfrage hinausgehendes Angebot von Sachwertcharakter tragenden Waren deren Preis drückt. Bei energischer Steuerpolitik, die dem Reiche und den Ländern die erforderlichen Einnahmen aus der Masse der in Umlauf befindlichen Geldzeichen sichert, kann einem Jubel an stofflich wertlosen Geldzeichen wirkungsvoll begegnet werden.

Der Höchstbetrag der Rentenmarkausgabe ist durch Gesetz auf 3200 Millionen festgelegt. Vor dem Kriege befanden sich regulär fünf bis sechs Milliarden Mark in Umlauf. Hier-

nach dürften die 3200 Millionen Mark ungefähr dem Minimum an notwendigen Zirkulationsmitteln entsprechen, das die durch Gebietsabtrennung, Produktionslähmung infolge Ruhrbesetzung und wirtschaftlicher Umstellung gefürzte deutsche Wirtschaft erfordert. Gewiß war in Friedenszeiten der Notenumlauf nicht so groß. Ueberdies standen ihm etwa 2½ Milliarden Mark in Goldmünzen gegenüber, ein Goldmünzenumlauf, der das notwendige Maß weit übersteigt, und auch finanzwirtschaftlich sowohl wie volkswirtschaftlich vermeidbaren Verlust brachte. Ruhten doch aus währungsrechtlichen Gründen die im Verkehr stofflich vermindernden Goldstücke immer wieder eingeschmolzen, neue Münzen mit Vollgewicht in Verkehr gegeben und der durch Abnutzung herbeigeführte Goldschwund durch Steuern wieder eingebracht werden. Vor dem Kriege hatte Deutschland außer den Reichskassenscheinen, die in den letzten Jahren vor 1914 gesetzlich auf den Höchstbetrag von 240 Millionen Mark festgelegt waren, kein Staatspapiergeld. Das an Banknoten umließ, konnte jederzeit bei der Reichsbank in Gold umgewechselt werden. Die Banknoten waren überdies allgemein durch Warenwechsel gedeckt. Befanden sich viel Banknoten in Umlauf, so nur, weil viele Wechsel diskontiert wurden, also viele Waren in Verkehr waren. Mit dem Zusammenkrumpfen des Warenverkehrs verminderte sich auch der Wechselverkehr der Reichsbank und damit der Notenumlauf. Erst als der Staat seine Ausgaben nicht mehr aus Steuern, sondern aus Wechseln auf erwartete spätere Einnahmen deckte und diese Einnahmen zur Wiedereinführung der Wechsel ausblieben, war der Umlaufregulator der Vorkriegszeit zerfallen.

Die Reichsbank war, wie bereits angedeutet, bis zum 4. August 1914 verpflichtet, auf Verlangen Reichsbanknoten in Gold umzuwechseln, und mußte zu diesem Zwecke einen Goldbestand in Höhe eines Drittels des Notenumlaufs stets in bar zur Verfügung halten. Die so gesicherte Einlösung gegen Gold sicherte auch die Banknoten vor Entwertung. Diesen Zustand wieder herbeizuführen, ist das Bestreben des jetzigen Reichsbankdirektors Dr. Schacht. Dazu reicht der Goldbestand der Reichsbank nicht aus. Er beläuft sich gegenwärtig auf 467 Millionen Mark. Vor dem Kriege war er durchschnittlich etwa viermal so groß. Es muß der Reichsbank also eine Goldzufuhr im Betrage von rund einer Milliarde Mark ver-

Die Wahltaktik der französischen Partei

Zusammenfassung aller Kräfte der Linken

Paris, 4. Februar. Der Sozialdemokratische Parteitag in Marseille hat in seiner letzten Sitzung eine Entschließung zur Wahltaktik einstimmig angenommen, in der es im wesentlichen heißt: Die seit 1918, insbesondere seit der Ruhrbesetzung von der Mehrheit und den Regierungen des Nationalen Blocks betriebene Politik ist im Begriff, ihre unvermeidlichen Konsequenzen zu entwickeln. Sie bedroht in Frankreich die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse durch das Sinken der Währung, sie gefährdet in ganz Europa ihre Arbeitsbedingungen, sie setzt den Weltfrieden der Gefahr neuer Katastrophen aus. Das französische Wahlgese macht einen neuen Sieg des Nationalen Blocks möglich, wenn die Oppositionsparteien isoliert der reaktionären Koalition gegenüberzutreten sollten. Die Partei ist dementsprechend an der Auffassung gekommen, daß die Möglichkeit von Wahlbündnissen ins Auge gefaßt werden muß. Aber in diese Bündnisse wird die Sozialistische Partei als politische Ausdrucksform des Proletariats, das für seine restlose Emanzipation kämpft, nur unter voller Wahrung ihrer Eigenart eintreten, unter Erhaltung ihrer Doktrin und der durch die nationalen und internationalen sozialistischen Kongresse und durch den Parteiverfassung zugrunde liegenden Einheitspakt bestimmten Grundsätze. Die Partei läßt vorübergehende Ausnahmen von ihrer überlieferten Taktik zu, aber sie ist dabei fest entschlossen und vertraut darauf, daß diese Ausnahmen weder bei irgend einem ihrer Mitglieder eine Schwächung des Massenbewußtseins zur Folge haben oder einschuldigen können, noch daß die Parteimitglieder das höchste Ziel der sozialistischen Aktion aus den Augen verlieren, das über die politischen Kämpfe des Augenblicks hinweg darin besteht, die Arbeiter zur schließlichen Befreiung zusammenzufassen und zu organisieren. Die Partei ermächtigt also die Lokalverbände

ihre Anstrengungen mit denjenigen der Vertreter anderer politischer Parteien gegen jeden nationalen Block zu vereinigen.

Die Wahlbündnisse dürfen jedoch nur in solchen Departements und Wahlkreisen geschlossen werden, wo sie einer klaren und greifbaren Notwendigkeit entsprechen. Die lokalen Vereinigungen haben dementsprechend gewissenhaft zu prüfen, welche Garantien ihnen diejenigen bieten, mit denen sie derartige Bündnisse eingehen.

Der Kongreß ist Sonntagabend zu Ende gegangen. Die Beschlüsse über die Wahltaktik wurden einstimmig gefaßt. Renaudel verlas sodann einen

Appell an das französische Volk

Der eine Analyse der Politik des Nationalen Blocks und seine Kritik darstellt. Der Kongreß bestimmte dann, daß Leon Blum und Langues wieder die Leitung des Parteivorstands Le Populaire übernehmen. Ferner wählte der Kongreß Braque und Langues zu Vertretern der Sozialistischen Partei im Bureau der Internationale.

Seite 8
129. Verammlung
Gruppe Dresden
7. Februar: Gen
5. Februar: Raibe
und 7.30 Uhr, nur
g. Jahresvertrags
man-Della, Pillars
Schrida, 7. Februar:
Schmieberg, Die
11. Uhr, Vereinslokal
„Wiese“, Gen. Marz
dorf, Verwaltungs
6. Februar, Glas
ilung, 8. Februar,
r.
-R. hat einen
am Bericht: Duz
e trotz erheblichen
Jahresbericht an
nicht nur unser
bern durch Kurze,
Arbeit einzuwickeln,
verflochten Jahre
viele Mitgliedsen
gen Tätigkeit der
Weise finanziell
Kolonnenrücken,
Weidors-Rausch,
eren Arsur Präsi-
berziglich gedankl
i zur Verfügung
e, welche bedene,
Gleichgesinnte
umt 7 Uhr, im
ang des Genossen
fahrtausgabe
Aussicht
Stände wider
Tirol-Film
eiter aufmerk
für Gemein-
aus der Um-
Haut, Mos-
L. H. W. M.
Dresden,
12